

Die Volksabstimmung über Stuttgart 21 zeigt, dass in Deutschland auch große Umbauten eine Bürgermehrheit finden. Aber diese Mehrheit kommt in der öffentlichen Wahrnehmung zu kurz.

Wut-Bürger und Weiterbau-Bürger

Von Gerd Held

Über ein Jahr lang galt die Affäre „Stuttgart 21“ als Symbol für deutsche Befindlichkeiten. Nicht nur die Demonstranten, sondern auch viele Kommentatoren erweckten den Eindruck, dass hier „der Bürger“ schlechthin auf der Straße sei. Der Protest wurde als untrüglicher Indikator für einen generellen Unwillen angesehen, der sich hierzulande gegen große, risikoreiche Zukunftsprojekte gebildet hatte. Neben dem Wutbürger schien es gar keine anderen Bürger mehr zu geben – jedenfalls keine engagierten und klugen Bürger. Wer für das Bahnprojekt war, stand im Ruf, irgendwie unkritisch und passiv zu sein. Eigentlich war er gar kein richtiger Bürger. Man mochte ihn gar nicht zur „Zivilgesellschaft“ zählen, weil er nicht im Habitus des Protests auftrat. Weil er, schlimmer noch, überhaupt nicht in allen Fragen des Projekts mitreden wollte. Sein Vertrauen in die Sicherungen, die in den gesetzlichen Planungsverfahren vorhanden sind, wurde ihm als Bequemlichkeit ausgelegt. So setzten die Gegner des Bahnprojekts auf Formen der direkten Demokratie und hofften, dort mit ihrer hohen „Mobilisierung“ ein Heimspiel zu haben. Doch nun ist es ganz anders gekommen. Die Volksabstimmung hat die Mehrheit für Stuttgart 21, die im Parlament schon bestand, nochmals bestätigt – auch in der Metropolregion Stuttgart, wo die Beteiligung hoch war. Wo die Anhänger des Ausstiegs stärker waren, wie im Badischen, lag das an einer niedrigen Beteiligung. Nirgendwo im Land können die Aussteiger eine echte Mehrheit vorweisen. Sie sind können nicht mehr beanspruchen, im Namen der sogenannten „Basis“ zu sprechen. Insbesondere das gewerblich-industrielle Baden-Württemberg zeigte

wenig Neigung zum Ausstieg. Auch in den Anlieger-Regionen, die am stärksten vom Bahnumbau betroffen waren, gibt es deutliche Mehrheiten für den Weiterbau. Das soll das Wutbürger-Deutschland sein?

Nun wird schnell erklärt, dass dies Ergebnis ein guter Grund für mehr Plebeszite sei. Diese Schlussfolgerung ist voreilig. Sie schaut nicht auf die Erfahrungen, die in Stuttgart im Laufe immer neuer Beteiligungsrounden gemacht wurden. Gewiss war es psychologisch richtig, angesichts der heftigen Konfrontationen ein Forum zu schaffen, auf dem die verfeindeten Lager miteinander reden konnten. Aber in der Sache hat diese Prozedur wenig gebracht. Je länger sie dauerte und je mehr Themen noch einmal aufgedröselte wurden, umso mehr wuchsen Verwirrung und Missmut. Zwar wurde das ein oder andere Einzelproblem deutlicher, aber der große Fehler, der alles über den Haufen wirft, wurde nirgendwo gefunden.

Dabei war die Bürgerbeteiligung anfangs mit einem großen Wahrheitsversprechen verbunden: Die Versammlungen und Online-Netzwerke nahmen für sich in Anspruch, mehr zu wissen als Parlament, Verwaltung und Bahn AG – und zwar nicht in den lokalen Dingen, die sich dem Bürger leicht erschließen, sondern in den großen Struktur- und Maßstabsfragen des Landes. Doch in Wirklichkeit wurde die Diskussion immer verworrener. Einwände tauchten auf und verschwanden wieder. Den Vogel schoss der Schlichter Heiner Geissler ab, der am Ende – als niemand mehr Stellung nehmen konnte – auf einmal die Idee eines Halbe-Halbe-Bahnhofs aus dem Zylinder zog. So muss man konstatieren: Durch das vielstimmige Mitreden ist

die Angelegenheit nicht transparenter geworden, sondern hat sich in ein Knäuel von unzähligen Informations-Bröckchen verwandelt. Kaum ein Bürger konnte noch zwischen wichtig und unwichtig unterscheiden. Auch das Mitreden wurde immer mehr zur Sache von einigen wenigen „Experten“. Viele Bürger machten die ernüchternde Erfahrung, dass sie bei der direkten Demokratie den Kürzeren zogen. Eine Erfolgsgeschichte sieht anders aus.

2 157 931 Bürger haben in der Volksabstimmung für den Weiterbau gestimmt, 1 509 264 votierten für den Ausstieg. Das ist eine deutliche Mehrheit, zumal die Gegner des Projekts sich nicht auf diejenigen berufen können, die der Abstimmung fernblieben. Diese Mehrheit müsste eigentlich Anlass sein, die Bürgerstimmen für das Projekt ernst zu nehmen und nach ihren Gründen zu fragen. Offenbar gibt es – in Baden-Württemberg und in Deutschland insgesamt – einen erheblichen Teil der Bürger, dem bei den großen Umbauten, die hierzulande anstehen, etwas anderes wichtig ist als das eigene Mitbestimmen. Für diese Bürgergruppe zählt, dass etwas in der Realität voran kommt und nicht schon an den ersten Hürden scheitert. Aller Anfang ist schwer und das gilt besonders für Großprojekte, bei denen zu Beginn noch nicht alles geklärt werden kann und doch schon viel Geld in die Hand genommen werden muss. Wer so etwas schon aus seinem Berufsleben kennt und weiß, dass man sich auf die Fachleute anderer Abteilungen verlassen muss, dem fällt eine Zustimmung zum Stuttgarter Projekt leichter. Hier ist keine „Lethargie“ im Spiel, wie Dieter Bartetzko in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung der

Pro-Mehrheit unterstellt. Eher eine größere Nähe zur Realität mit ihren Zwängen, auf die sich derjenige einlässt, der etwas schaffen will. Das ist eine Stärke Baden-Württembergs, das in Deutschland ja nicht gerade als Lethargie-Region bekannt ist.

Im Grunde wissen wir sehr wenig über die Weiterbau-Bürger, die sich nun so deutlich in der Volksabstimmung zu Wort gemeldet haben. Im vergangenen Jahr kamen sie kaum vor. Sie wurden nicht gefragt, die Kameras schauten woanders hin. Ihre Lebensform und Weltsicht fanden viel weniger Aufmerksamkeit als die der „Wutbürger“. Diese Ignoranz schmerzt. Das Erstaunliche an der ganzen S21-Affäre ist die Einseitigkeit, mit der die Stimmung im Lande über Monate wahrgenommen und präsentiert wurde. Der Wutbürger war in aller Munde, der Realbürger kam nicht vor. Hier deutet sich eine ungute Spaltung im Lande an – nicht zwischen reich und arm oder zwischen gebildet und ungebildet, sondern zwischen denen, die sich leicht Gehör verschaffen, und jenen, die im Schatten stehen, obwohl sie oft die härteren Jobs machen. Gewiss, auch die eineinhalb Millionen Stimmen für den Ausstieg aus Stuttgart 21 müssen ernst genommen werden. Auch sie sind eine respektable und bedeutende Gruppe. Niemand sollte versuchen, sie zu verdrängen. Es gibt mehr als nur eine einzige deutsche Befindlichkeit. Die unterschiedlichen Lebenswelten der Protest-Bürger und der Weiterbau-Bürger müssen lernen, sich zu respektieren und Kompromisse zu schließen. Das ist die große Chance, die sich nach der Stuttgarter Volksabstimmung eröffnet.

(Manuskript vom 1.12.2011, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT vom 5.12.2011 unter der Überschrift „Die wahren Progressiven“)